

FÄHNCHEN IM WIND

DIE KURDEN IM NORDEN DES IRAK UND DER
„SICHERE HAFEN“ FÜR INTERVENTIONSTRUPPEN

Karin Leukefeld

Die Kurden im Nordirak sind scheinbar das Zünglein an der Waage in den Nachkriegsplänen der USA für den Irak. Gleichzeitig führt die kurdische Frage zu Schwierigkeiten mit dem NATO-Partner und Kriegsunterstützer Türkei. In diesem Bericht werden Interessenlage und Hintergründe des größten innenpolitischen Problems von Saddam Hussein aufgehehlt.

Februar 2003, der militärische Aufmarsch um den Irak verdichtet sich. Das türkische Parlament hat zugestimmt, seine Flughäfen im kurdischen Südosten des Landes der US-Armee zur Verfügung zu stellen. Unbestätigten Meldungen zufolge sollen inzwischen US-Soldaten im Nordirak sein, um auch die dortigen Flughäfen zu inspizieren. Den Kurden in der Region wird kein Entscheidungsfreiraum gelassen, die Führer der nordirakischen Kurdenparteien, Massoud Barzani und Jela Talabani haben sich mehr oder weniger offen zum Kampf an der Seite Amerikas bereit erklärt. Es scheint unausweichlich, dass der kurdische Nordirak nun auch zum militärischen Aufmarschgebiet für einen neuen Irak-Krieg wird.

DER „ANDERE IRAK“

„Die Luft ist erfüllt vom Duft der Orangenblüten. In den Geschäften kann man alles kaufen, vom türkischen Yoghurt bis zum deutschen Staubsauger, italienische Designerschuhe bis zum tiefgefrorenen Hühnchen aus den USA.“ Der Journalist Nicholas Birch ist überrascht von seinen Beobachtungen in Erbil, dem Zentrum der kurdischen Autonomiegebiete im Nordirak, die er für eine Reportage Anfang Mai 2002 in der Washington Post zusammengefasst hat. Bauarbeiter hätten begonnen, das frühere lokale Hauptquartier der Kurdischen Demokratischen Partei, KDP, in ein „Luxushotel“ zu verwandeln. Und Sami Abdulrahman, der Repräsentant der KDP-Regionalverwaltung gibt ihm gegenüber zu: „Nie ging es uns Kurden so gut, nie hatten wir mehr zu verlieren.“

Im Nordirak, so schrieb Michael Rubin bereits Anfang des Jahres enthusiastisch, entstehe der „andere, der neue Irak“. Rubin, Stipendiat des Carnegie Council, einer Denkfabrik der US-Regierung, arbeitete nach eigenen Angaben ein Jahr im Nordirak. „Tausende sunnitischer und schiitischer Araber“ hätten Schutz in dem „sicheren Hafen gesucht“, so Rubin. Andere kämen einfach nur, um einzukaufen. Im Gegensatz zum Rest des Landes, sei der Nordirak voll verkabelt, in Süleymania und anderen Städten gäbe es Inter-

netcafés, wo man nach Herzenslust surfen könne. Wer 400 Dollar für eine Satellitenschüssel übrig habe, könne auch BBC und CNN empfangen.

Solche Berichte reflektieren jedoch nur Bruchstücke der Lebensrealität im Nordirak. Seit die deutsche Journalistin und AFP-Korrespondentin Lizzy Schmidt 1994 dort ermordet wurde, haben unabhängige Nachrichten aus der Region keine Konjunktur. Im Nordirak tummeln sich die Vortrupps des angekündigten Krieges. Geheimdienstler und Militärs aus aller Welt, mit und ohne Uniform, und ihnen ergebene Berichterstatter. Vor Ort tätige internationale Hilfsorganisationen werden, gewollt oder nicht, als Eckpfeiler eines gefährlichen und verlogenen Spiels genutzt.

EIN „SICHERER HAFEN“ - FÜR INTERVENTIONSTRUPPEN

Ähnlich wie heute die afghanische Bevölkerung, hofften die nordirakischen Kurden auf internationale Aufmerksamkeit, als sich nach dem Ende des zweiten Golfkrieges (1991) ein Füllhorn internationaler Hilfsgelder über ihnen ergoss. Voller Enthusiasmus wählten sie ein neues Regionalparlament (1992), doch ihre politischen Führer, die sie schon in den Jahren zuvor schlecht beraten hatten, waren die Alten geblieben. Massoud Barzani (KDP) und Jelal Talabani (PUK) wurden mit Stimmgleichheit gewählt, vertrugen sich aber nicht. 1994 kam es zwischen beiden Parteien zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die gemeinsame Regionalregierung war gescheitert.

Zu Boden und Luft rückte das türkische Militär gegen die Guerilla der PKK vor, die sich in Teile des Nordirak zurückgezogen hatte. Der „Sichere Hafen“ für die Kurden wurde zum Ankerplatz von türkischen Interventionstruppen, die sich heute fast ebenso selbstverständlich im Nordirak befinden, wie türkische Unternehmer. Während die KDP den türkischen Soldaten den Weg zu den Lagern der PKK zeigte, gewährte die PUK der Guerilla zunächst Schutz

in dem von ihr kontrollierten Gebiet an der irakisch-iranischen Grenze. Schließlich brachte ein Machtwort der USA die feindlichen Brüder an einen Tisch nach Washington. In Anwesenheit der Türkei unterschrieben KDP und PUK das Washingtoner Abkommen. Das enthielt neben anderem auch die klare Verpflichtung zum Abwehrkampf gegen die PKK. Die bemühte sich derweil hartnäckig um eine Verständigung mit den kurdischen Parteien im Irak, bis heute ohne Erfolg. Nach ihrem Rückzug aus der Türkei 1999 kam es zu heftigen Kämpfen zwischen PKK und PUK, die offenbar ihr Terrain gefährdet sah. Schließlich einigte man sich aufgrund innerkurdischen Drucks.

Heute gibt es im Nordirak eine Fülle politischer Organisationen, über deren Einfluss es unterschiedliche Einschätzungen gibt. Lokale Frauen- und Nichtregierungsorganisationen arbeiten im Rahmen international finanzierter Projekte. Die Islamisch Kurdische Partei ist an der iranisch-irakischen Grenze, in der Provinz Süleymania aktiv. Islamische Hilfsorganisationen werden aus Saudi-Arabien unterstützt. PUK und KDP regieren ihre jeweiligen Einflussgebiete mit getrennten Parlamenten in Süleymania (PUK) und Erbil (KDP). Immerhin gibt es, als Ansprechpartner für die Vertreter der Vereinten Nationen, einen gemeinsamen Hohen Rat.

Ende September 2002 einigten sich PUK und KDP auf den Entwurf einer Verfassung für eine „Irakische Föderative Republik“ für ihre autonomen kurdischen Gebiete. Grundlage des Verfassungsentwurfs ist ein Papier, das der Vorsitzende der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), Massoud Barzani, vorgelegt hatte. Danach soll es in einem künftigen Irak eine kurdische und eine arabische Region geben. Auch die Rechte „anderer ethnischer Gruppen und Minderheiten“ im Irak sollen in einer neuen Verfassung berücksichtigt werden. Mitte Oktober trat in Erbil, der früher gemeinsamen Hauptstadt der autonomen Kurdenprovinzen im Nordirak, unter großem internationalen Medieninteresse nach Jahren zum ersten Mal wieder das kurdische Parlament zusammen und verabschiedete den Entwurf.

Das Parlament geht zurück auf ein von Bagdad erlassenes „Gesetz über die kurdische Autonomie“ aus dem Jahre 1974. Die Aktivitäten allerdings blieben aufgrund anhaltender Konflikte zwischen den Kurden und der Zentralregierung in Bagdad begrenzt. Bisher verfügte die KDP über 51 und die PUK über 49 Sitze. Weiter 5 Sitze waren den assyrischen Christen im Nordirak vorbehalten. Dem neuen Abkommen zufolge soll der Vorsitz des Parlaments zwischen KDP und PUK alle 3 Monate wechseln.

UN-PROGRAMM „ÖL FÜR NAHRUNGSMITTEL“

Die Versorgung in den kurdischen Provinzen des Nordirak ist tatsächlich besser, als im Rest des Landes. Das liegt zum einen an den sehr viel günstigeren klimatischen Verhältnissen im Nordirak und dem reichen Wasservorrat. Hinzu kommt, dass 13 Prozent des Einkommens aus dem erlaubten Ölverkauf des Irak (UN-Programm „Öl für Nahrungsmittel“) direkt und ohne Abzüge in die kurdischen Autonomiegebiete fließen. Der Zentralirak hat von den verbliebenen Mitteln noch die Entschädigungsfonds (25%) und die gesamten UN-Unkosten (3%) zu zahlen, erst dann kann Geld für die Bevölkerung ausgegeben werden.

Im Bericht vom 15. April 2002 von UNICEF Bagdad heißt es, dass im Nordirak pro 1000 Neugeburten nur noch 72 Babys sterben. Im restlichen Irak seien es fast doppelt so viele, 131. Auch die Unterernährung der Kinder sei im Norden des Landes weniger alarmierend, als im übrigen Irak. Irakische Exilgruppen machen für den Unterschied die irakische Regierung verantwortlich. In einem Gespräch erklärte mir Carel de Rooy, UNICEF-Beauftragter in Bagdad, die UN selber sei im Nordirak für die Umsetzung des Programms „Öl für Nahrungsmittel“ verantwortlich, im Auftrag der irakischen Regierung. Dadurch gebe es eine „größere Flexibilität“ bei der Umsetzung des Programms. „Wir haben zum Beispiel Zugriff auf Bargeld, wodurch wir Schulen, Gesundheitszentren, Krankenhäuser, Wasserleitungen, Elektrizitätsleitungen und anderes direkt reparieren und erneuern können,“ so Carel de

Rooy. Diese Möglichkeit habe die irakische Regierung nicht. Außerdem würden „für den Norden kaum Verträge gestoppt, während das im Süden ein Hauptproblem“ sei. Noch immer liegen im UN-Sanktionskomitee 661 Aufträge im Wert von mehreren Milliarden US-Dollar auf Eis, „das betrifft im Wesentlichen den Süden nicht den Norden,“ erklärt Carel de Rooy.

Das bestätigt auch Dr. Fakri Rashan vom irakischen Handelsministerium. „Verträge für die gleichen Güter werden für den Norden meist umgehend bewilligt, während sie für den Süden und Mittelirak angehalten werden,“ sagt er bei einem Gespräch in Bagdad. Das betreffe vor allem die Wasser- und Abwasserentsorgung sowie die Versorgung mit Elektrizität. Besonders die USA und Großbritannien versuchten mit dieser Blockadepolitik im Sanktionskomitee den Eindruck zu verstärken, dass die irakische Regierung ihren Pflichten nicht nachkomme, während die Versorgung im kurdischen Norden problemlos laufe.

Doch trotz scheinbarer Stabilisierung trauen die Menschen im Nordirak dem „Frieden“ nicht. Das mag einerseits „Angst vor Saddam Hussein“ sein, wie Exilorganisationen betonen. Doch fehlt auch Vertrauen in die regionale kurdische Führung. Dazu kommt die Angst vor einem neuen Krieg. Hauptgrund für die starke Fluchtbewegung vor allem junger Menschen dürfte aber die aussichtslose Wirtschaftslage sein. Die Region hängt am Tropf internationaler Hilfsagenturen. Es gibt keine selbstständige Wirtschaft. Selbst wenn eigene Produkte hergestellt werden gibt es keinen Markt. Vielmehr blüht der Schwarzmarkt mit Schmuggelware aus der Türkei oder dem Iran. In Fabriken fehlen Ersatzteile, die Landwirtschaft ist blockiert, da noch immer 20% des Bodens von Landminen verseucht sind. Minenräumgeräte fallen als „dual-use“-Güter unter das UN-Embargo, da sie sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke einsetzbar sind. Nahezu vergessen in ihrer Trostlosigkeit leben Tausende kurdischer Flüchtlinge in menschenunwürdigen Lagern. Im Schatten des „anderen Irak“ herrschen Armut und Arbeitslosigkeit, Misstrauen und Resignation.

„Versöhnung und Fortschritt“ hatte der PUK-Regionalpräsident Barham Salih in seiner Neujahrsbotschaft 2002 versprochen. Man wolle den Hoffnungen der kurdischen Bevölkerung auf Frieden und Wohlstand gerecht werden. Wichtig sei die innerkurdische Versöhnung, so Salih. Anfang April entkam er nur knapp einem Mordanschlag, von dem man annimmt, dass die Jund al-Islam (auch Anwar al Islam) verantwortlich sei, eine streng dogmatische islamische Organisation. Mit der Gruppe lieferte sich die PUK seitdem wiederholt blutige Gefechte. Inzwischen heißt es, die Gruppe habe Kontakte zu Al Qaida und werde direkt von der Zentralregierung in Bagdad unterstützt. Die irakische Regierung allerdings hat diesen Vorwurf wiederholt zurückgewiesen. Man habe die PUK auf deren eigenen Wunsch hin sogar mit Waffen und Munition ausgerüstet, um Anwar al-Islam bekämpfen zu können.

Barham Salih, der die letzten 9 Jahre PUK-Vertreter in Washington war, ist optimistisch. Man habe im Vorjahr gute Erfolge erzielt, die Atmosphäre sei frei und demokratisch. Besonders dazu beigetragen habe das Satellitenfernsehen KurdSat. Vor 3 Jahren gegründet steht KurdSat der PUK nahe. Inzwischen hat das PUK-Regionalparlament auch die Zulassung privater Medien beschlossen. Nutznießer werden vor allem ausländische Organisationen oder vom Ausland unterstützte bzw. operierende Sender sein, wer sonst mag hier über das notwendige Kapital verfügen.

Im Internet findet man inzwischen eine Reihe kurdischer Medien in englischer Sprache. Doch eröffnen die Webseiten nur bedingt einen Blick auf die kurdische Realität. Die PUK-nahe Kurdistan Newline wird möglicherweise ebenso vom Ausland her geführt, wie die in London produzierte Internetzeitung Kurdish Media. Auf der Kurdistan Newline finden sich regelmäßig Nachrichten von britischen und US-Medien. Die aufwendig gestaltete Internetseite der Irakischen Kommunistischen Partei berichtet über Gräueltaten der irakischen Armee. Es gäbe „ethnische Säuberungen, Hinrichtungen, Massaker in Gefängnissen“, heißt es da. Die

Quellen bleiben, „aus Sicherheitsgründen“, anonym. Regionale Tageszeitungen wie Bayrati, Hawlati und Kurdistanî Nwe sind hingegen nur teilweise im Internet präsent. Sie berichten vor allem über regionale Ereignisse.

NORDIRAKISCHE KURDENFÄHNCHEN IM WIND

Zu einem Militärschlag gegen den Irak äußern sich die nordirakischen Kurdenführer vor allem in internationalen Medien. Talabani besuchte mehrmals Ankara, Damaskus und Teheran. Dort betonte er zwar immer wieder, „der Machtwechsel im Irak ist eine rein interne Angelegenheit.“ Keiner, nicht einmal die USA, habe das Recht, sich einzuschalten. Doch ändert sich der Ton je nachdem mit wem sie sprechen. Barzani und Talabani wissen sehr wohl, dass sie den Plänen der USA ohnehin nichts entgegenzusetzen haben. Also gab es auch kein Dementi, als über die Washington Post bestätigt wurde, dass sich Barzani und Talabani (Ende April 2002) in Deutschland mit Vertretern des CIA und der US-Regierung trafen. Man habe die „militärischen und geheimdienstlichen Kapazitäten der kurdischen Parteien im Nordirak“ hinsichtlich eines Sturzes des irakischen Präsidenten Hussein erörtert, bestätigte das Weiße Haus gegenüber der Washington Post. Diese Erörterungen scheinen inzwischen abgeschlossen zu sein. Talabani hat offen erklärt, im Falle eines Krieges gegen den Irak an der Seite der US-Armee zu stehen. Barzani hält sich hingegen mit Äußerungen zurück.

In den kurdischen Autonomiegebieten im Nordirak steigt bei der Bevölkerung die Unruhe über einen möglichen Krieg. Meldungen über Invasionspläne der türkischen Armee schüren die Angst. Bis zu 70 Meilen (rund 100 Kilometer) sollen türkische Soldaten im Falle eines Krieges angeblich in den Nordirak einmarschieren. Offiziell sollen sie kurdische Flüchtlinge davon abhalten, in die Türkei zu gelangen, was die türkische Armeeführung als „humanitäre Aufgabe“ bezeichnet. Ein nicht unwillkommener Nebeneffekt dürfte aber die militärische Kontrolle über den Nordirak

sein, was weder dem Iran noch Syrien gefallen dürfte, vom Irak gar nicht zu reden. Die Türkei hat vor allem zwei Ziele im Falle eines Krieges: einerseits will Ankara die Bildung eines kurdischen Staates im Nordirak verhindern und andererseits ausschließen, dass die Kurden die Kontrolle über die Ölfelder von Mossul und Kirkuk erhalten könnten.

Gleichzeitig hält vor allem die KDP weiterhin Kontakt nach Bagdad. Das bestätigen sowohl der stellvertretende Premierminister des Irak, Tarik Aziz, als auch der Premierminister der kurdischen Regionalverwaltung in Erbil, Nechirwan Barzani (KDP). Er habe in direktem Gespräch von der kurdischen Seite erfahren, dass sie keine Ambitionen hätten, sich vom Irak abzuspalten, sagte Tarik Aziz bei einem Hintergrundgespräch in Bagdad. Barzani bestätigte, man setze die gemeinsamen Gespräche in fort.

Allerdings gibt es auch Kurden, die in ihrer Gegnerschaft zu einem Krieg soweit gehen, dass sie die irakische Regierung eindeutig unterstützen. In Bagdad versammelten sich Ende Januar 2003 Hunderte von Kurden verschiedener kurdischer Stämme aus Mossul, Süleymania, Erbil und Dohuk im Nordirak. Nacheinander erklärten die Stammesführer ihre Unterstützung für den irakischen Präsidenten Saddam Hussein, was wiederholt von Sprechchören unterbrochen wurde. Anschließend zogen die Männer zu einer Demonstration vor das Gebäude des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) im Zentrum der irakischen Hauptstadt, wo eine Resolution übergeben wurde. Der junge Sheik Fatih Mawlan aus Süleymania erklärte mir, er sei fest überzeugt, dass die USA einen Krieg gegen den Islam planen. Allerdings sehe er nicht, dass es ein Krieg zwischen Christen und Islam sei, denn im Irak lebten Christen und Muslime seit Jahrhunderten zusammen. Er rief die Muslime in aller Welt auf, gegen die Kriegsgefahr zu protestieren. Auf die Frage, ob die Kurden im Nordirak nicht mehrheitlich mit den Amerikanern zusammen arbeiten wollten antwortete er, es gäbe „immer Ausnahmen“, also auch bei den Kurden im Nordirak. Für ihn sei allerdings klar, dass diese Personen nicht im Interesse der Kurden handeln würden.

Die Position der PKK, die im Frühjahr 2002 sowohl die parteiinterne Struktur als auch den Namen änderte und nun KADEK heißt, passt wenig in das herkömmliche Pro und Contra. Mit ihrem Modell einer Föderation der Völker im Mittleren Osten geht es weniger um Staatsgrenzen, als vielmehr um die gesellschaftliche Perspektive einer demokratischen Entwicklung. KADEK bezeichnet die meisten regionalen Regimes als unzeitgemäß und fordert eine umfassende Demokratisierung. Als „terroristische Organisation“ von der Türkei, Großbritannien, den USA und inzwischen auch der Europäischen Union verfolgt, ist die frühere PKK sicher einer der unpassendsten Bündnispartner für eine militärische Intervention gegen die irakische Führung. In einem Interview mit der Zeitung Özgür Politika äußerte sich Murat Karayilan, Mitglied im Präsidialrat der früheren PKK, überzeugt, dass die arabischen Staaten eine Intervention der USA ablehnten. Die ungelöste Palästinafrage sei derzeit wichtiger. Außerdem hätten die arabischen Staaten Angst, dass eine Militärintervention sich auf ihr eigenes Territorium ausweiten könnte. Doch skeptisch ergänzte Karayilan: „Wenn die USA auf einer Intervention im Irak bestehen, wird die Haltung der regionalen Staaten wenig Einfluss haben, höchstens eine Verzögerung bewirken.“ Hinsichtlich der Position der Türkei meinte er, Ankara sei zwar gegen eine Intervention, „wenn es dann aber doch geschieht - und die Türkei weiß, dass sie es nicht verhindern kann - dann möchte sie von dem Plan auch profitieren.“ Mit der Entscheidung des türkischen Parlaments von Anfang Februar 2003, den US-Truppen Zugang zu den Militärbasen im kurdischen Südosten der Türkei zu genehmigen, hat sich diese Voraussage inzwischen als richtig erwiesen.

US-DOLLAR FÖRDERN IRAKISCHE EXILGRUPPEN

Wie die meisten irakischen Exil-Organisationen, gehören auch KDP und PUK zum Irakischen Nationalkongress (INC), dessen Sitz London ist. Der INC hatte sich zwar schon 1992 in Salahaddin/Nordirak gegründet, doch scheint erst ein großes

Geldgeschenk aus den USA dieser Institution Leben eingehaucht zu haben. Gemäß dem Iraq Liberation Act (Gesetz zur Befreiung Iraks) erhält der INC finanzielle Unterstützung in Höhe von 97 Millionen US-Dollar. Damit sollen nach dem Willen des US-Kongresses humanitäre Hilfe, Informationspolitik und militärische Ausbildung unterstützt werden. Nach Angaben des US-Außenministeriums wurden bisher 15 Millionen US-Dollar an den INC ausgezahlt. „Aber es gibt viele andere Aktivitäten, die wir unterstützen, finanzieren, egal ob sie in dieser Dachorganisation sind oder nicht,“ erklärte der Sprecher des State Department, Boucher, im vergangenen Mai weiter. Zweifel sind angebracht, ob solche Abhängigkeit von den USA die politische Glaubwürdigkeit des INC und anderer irakischer Exilgruppen gegenüber der irakischen Bevölkerung fördert.

Mit einer von den Medien vielbeachteten Konferenz in London Mitte Dezember 2002 hat sich die irakische Opposition inzwischen ein 50köpfiges Gremium geschaffen, dessen Sitze auf die verschiedenen Interessengruppen im Irak aufgeteilt wurden. 16 Sitze sind den Schiiten und 10 Sitze den Kurden reserviert. Jeweils 4 Sitze stehen der Irakischen Nationalen Übereinstimmung, dem Irakischen Nationalkongress (INC) und der Bewegung für eine Konstitutionelle Monarchie zur Verfügung. 2 Sitze sollen von unabhängigen sunnitischen Muslimen eingenommen werden. Die restlichen 10 Sitze sind für weitere Unabhängige gedacht. Bisher ist dieses Gremium als „Sprachrohr der irakischen Opposition“ gedacht, nicht als vorläufige Übergangsregierung, die man erst später in Bagdad gründen will.

PLANSPIELE ÜBER DEN KURDISCHEN KÖPFEN

„USA infiltriert den Irak um Saddam zu erwischen“ – mit dieser Schlagzeile der US-Nachrichtenagentur AP unterbreitete die Kurdistan Newline ihrer Leserschaft bereits im März 2002 ein provozierendes Szenario. „Kleine Gruppen amerikanischer Diplomaten, Geheimdienstexperten und Offizielle reisten in Abständen in

den Nordirak, um sich dort mit Kurden und anderen Oppositionellen der irakischen Regierung zu beraten,“ wurde Associated Press zitiert. Sie könnten frei operieren, die Region sei als „Flugverbotszone“ außerhalb der Kontrolle der irakischen Luftwaffe. Weiter heißt es, „die Absicht der Amerikaner“ sei eine „psychologische Kampagne“ zur Destabilisierung des irakischen Präsidenten. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bestätigte, dass verschiedene Gruppen im Nordirak aktiv seien. Hartnäckig halten sich auch Gerüchte, wonach US-Offiziere die kurdischen Peschmerga ausbilden.

Ob mit oder ohne Uniform, man muss davon ausgehen, dass US- und andere Spezialkräfte seit Jahren im kurdischen Nordirak mit dem Auftrag aktiv sind, den Boden für eine Militärintervention zu sondieren. Das Ziel ist klar, die irakische Regierung soll entmachtet werden. Wie immer sich die Kurden oder andere im Nordirak ansässigen politischen Organisationen verhalten werden, die Ereignisse werden über sie hinwegfegen.

Deutlich wird das auch an den groben Planspielen, die in Washington entworfen werden. Einer der von dort favorisierten Saddam-Nachfolger ist der ehemalige General Nizar al-Khazraji. Er lebt in Dänemark im Exil. Al-Khazraji war von 1986 bis 1990 Generalstabschef der irakischen Armee. Derzeit wird in Dänemark untersucht, welche Verantwortung er für die Giftgaseinsätze 1988 im Nordirak trug. Das scheint die US-Regierung nicht zu stören, sie hat General al Khazraji offenbar verlockende Angebote unterbreitet. Associated Press zitierte ihn im Frühjahr 2002 mit den Worten: „Ich kann nicht über Details sprechen. Nächstes Jahr um diese Zeit werden wir zuhause sein.“